

bürokratischen Reformen. Für die Richter war die Volksvertretung der Exekutive und Judikative nachgeordnet. Allerdings polarisierte sich während der Revolution die Richterschaft politisch, da es neben der Mehrheit der »gemäßigten Liberalen« eine liberaldemokratische Minderheit gab. Im Herbst 1848 vollzog sich bei vielen Richtern eine Kehrtwende vom Lager der Reform in das der Reaktion. Siegte der Beamte über den Bürger? Das Revolutionskapitel eröffnet Perspektiven für weitere Forschungen, zum einen über das Verhältnis der Richter zu den liberalen Ministerien der ersten Revolutionsmonate, zum anderen über die Bedeutung des Nationalismus für die preußischen Richter. Das Buch schließt mit einem überzeugenden Plädoyer dafür, die Liberalismusforschung aus der unfruchtbaren Alternative zu lösen, die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft entweder als eine Bewegung von unten oder aber als Resultat einer bürokratischen Reform von oben zu verstehen.

*Barbara Vogel, Hamburg*

James F. Harris, *The People Speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth-Century Bavaria*, The University of Michigan Press, Ann Arbor 1994, XII + 290 S., Ln., 49,50 \$.

Dies ist eine der wichtigsten Neuerscheinungen der letzten zehn Jahre zur Geschichte des deutschen Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Das Buch des an der University of Maryland lehrenden James Harris bietet eine vorzügliche Analyse der erbitterten Auseinandersetzung über die Emanzipation der bayerischen Juden und einer erfolgreichen antisemitischen Petitionsbewegung um den Jahreswechsel 1849/1850. Das ist um so verdienstvoller, als die gängigen Gesamtdarstellungen des deutschen Antisemitismus, etwa die Arbeiten von Helmut Berding, Hermann Greive und Jakob Katz, die Geschichte dieser antisemitischen Massenbewegung, die sich moderner Agitationsmethoden bediente, mit keinem Wort erwähnen.

Im Dezember 1849 verabschiedete die Zweite Kammer des bayerischen Parlaments ein Gesetz, das auf die vollständige Gleichberechtigung der bayerischen Juden zielte. Wäre das Gesetz in Kraft getreten, hätte Bayern etwa zwanzig Jahre früher als die anderen deutschen Staaten die bürgerliche Gleichstellung der Juden erreicht. Warum das Gesetzesvorhaben scheiterte, analysiert James Harris in seiner Studie der »broad-based, popular, and remarkably well-organized« politischen Bewegung gegen die Emanzipation der Juden (S. 215). Die Gegner der jüdischen Gleichstellung mobilisierten innerhalb kürzester Zeit eine wirkungsvolle Massenbewegung, die ein Viertel aller bayerischen Gemeinden und 10 bis 20 Prozent aller erwachsenen Männer umfaßte. Bei der bayerischen Regierung gingen innerhalb von zwei Monaten 552 Petitionen gegen die Emanzipation mit insgesamt 86000 Unterschriften aus 1753 Gemeinden ein. Mitte Februar 1850 lehnten die Reichsräte, die erste Kammer des Landtags, die Emanzipation der Juden ab, was ohne die anti-emanzipatorische Stimmung weiter Teile der bayerischen Bevölkerung unmöglich gewesen wäre. Da das Gesetzesvorhaben scheiterte, blieb das restriktive Judenedikt von 1813 weiter in Kraft. Die bayerische Regierung versuchte, dessen größte Härten etwas abzuschwächen, aber die rechtliche und politische Gleichstellung der bayerischen Juden sollte sich dadurch bis 1871 verzögern.

Während die Umriss dieser Massenbewegung bereits aus früheren Arbeiten bekannt waren, bietet Harris auf der Grundlage der bisher nicht untersuchten Petitionen eine in dreifacher Hinsicht überlegene Interpretation. Wie in nur wenigen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Antisemitismus gelingt es ihm erstens, die antijüdische Mentalität und Ideologie der Unterschichten zu analysieren. Die gegen die geplante Emanzi-

pation der Juden gerichteten Petitionen waren Harris zufolge kollektive Aktionen auf der Gemeindeebene und daher Ausdruck der unverfälschten Einstellung breiter Bevölkerungsschichten. Obwohl die Verfasser zumeist Pfarrer, Bürgermeister und Lehrer waren, verführten diese nicht eine willenlose Masse, sondern sie handelten im Auftrag der Gemeinde und im Rahmen der Sozialbeziehungen vor Ort: »The entire experience of ›addressing‹ Parliament was a communal preserve« (S. 174). Die antisemitischen Petitionen gehören in den größeren Zusammenhang der konservativen und antiliberalen Proteste von Angehörigen der Unterschichten während der Revolution. Das revolutionäre Ziel der staatsbürgerlichen Gleichheit fand nicht ungeteilten Beifall. Insofern ist Harris' Studie auch für die allgemeine Revolutionsforschung besonders interessant, da sie nicht nur – wie bereits Rohrbacher – die Bedeutung antijüdischer Momente im Revolutionsgeschehen betont, sondern auch die bekannten Thesen über die Fundamentalpolitisierung und den Doppelcharakter der Revolution bestätigt.

Vor dem Hintergrund des bayerischen Widerstands gegen die politische und rechtliche Emanzipation der Juden in den Jahren 1849/1850 bemüht sich Harris zweitens um eine anspruchsvolle Neuinterpretation der Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Im Gegensatz zum herrschenden Forschungskonsens, der die Anfänge des modernen Antisemitismus in das frühe Kaiserreich datiert, argumentiert Harris, »modern‹ anti-Semitism existed at the time of the 1848 revolutions in organized, political form and not merely as scattered riots« (S. 4). Die Gegner bildeten, so Harris, eine antisemitische Massenbewegung, die sich moderner Agitationsmethoden, etwa der katholischen Tagespresse, bediente, um breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Mit Ausnahme der Argumentationsfiguren des modernen Rassismus habe sich die Ablehnung der Gleichstellung der bayerischen Juden bereits 1849 auf alle ideologischen Elemente der antisemitischen Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts gestützt. »Anti-Semitism was essentially the same in 1849–50, the 1870s, and the 1920s«, resümiert Harris: »The transmission of traditional anti-Semitic attitudes from generation to generation provided a useful and necessary base on which to enunciate Nazi policy toward Jews« (S. 214 bzw. S. 229).

Schließlich betont Harris die zentrale Bedeutung der christlichen, besonders der katholischen Vorstellungswelt für die Opposition gegen die Judenemanzipation. Insofern bietet er, ähnlich wie jetzt auch Dagmar Herzog (»Intimacy and Exclusion«, Princeton 1996), einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des katholischen Antisemitismus und der zentralen Rolle von Judenfeindschaft in der frühen Ausbildung und Politisierung des katholischen Milieus. Entschieden verwirft Harris sozialökonomische Erklärungen des Widerstandes gegen die Emanzipation der Juden: »The eruption of this antiemancipation movement owed nothing to economic crisis in the form either of a depression or of a downtrend in a business cycle« (S. 215). Ursächlich sei statt dessen das ideologische Moment der katholischen Judenfeindschaft. Die Pressekampagne gegen die jüdische Gleichstellung wurde fast ausschließlich von den drei großen katholischen Zeitungen Bayerns getragen, und oftmals warben besonders Priester für die Petitionen. Die Gegner der Emanzipation fanden in den Städten mit katholischer Bevölkerungsmehrheit und besonders in katholisch-ländlichen Gebieten zahlreiche Anhänger. Umgekehrt sprach sich nur eine verschwindend geringe Zahl unabhängiger Städte sowie kleinerer Städte und Marktflecken mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit gegen die Emanzipation der Juden aus; das mehrheitlich protestantische Fürth petitionierte sogar für die Gleichstellung.

In dieser Radikalität indes kann der Versuch von Harris, die Entstehung des modernen Antisemitismus vorzudatieren, hinsichtlich der Form und des Inhalts des Protestes nicht überzeugen. Daß die Gegner auf Petitionen als Protestform zurückgriffen, erinnert vor allem an frühneuzeitliche Gravamina und weniger an Organisationsformen moder-

ner Politik. Die Mischung aus wirtschaftlichen und religiösen Topoi in der Rhetorik der anti-emanzipatorischen Bewegung unterschied sich zudem deutlicher, als Harris dies wahrhaben will, von späteren Formen des Antisemitismus, besonders von der Dynamik und Aggressivität des nationalsozialistischen und völkischen Antisemitismus der 1920er Jahre, der die Juden zu einer satanischen Kraft stilisierte, die die Welt kontrolliere und das deutsche »Volk« vernichten wolle. Einen der intellektuellen Köpfe der Bewegung, den Herausgeber einer einflußreichen katholischen Zeitung, Ernst Zander, sieht Harris etwa als direkten Vorläufer von Julius Streicher. Das ist insofern irreführend, als Zander zwar ein entschiedener Gegner der Gleichstellung der bayerischen Juden war, aber jede Form der Gewalt gegen Juden ablehnte, während Streicher die Vertreibung und Vernichtung der Juden propagierte (S. 101, S. 223). Daß der Versuch, die Entstehung des modernen Antisemitismus bereits in die Mitte des 19. Jahrhunderts vorzuverlegen, scheitert, schlägt sich besonders im Schlußkapitel nieder. Statt einer Zusammenfassung bietet Harris hier einen 30seitigen, eigenwillig sprunghaften Kommentar zur Historiographie über den deutschen Antisemitismus. Der Autor übersieht hier wichtige Beiträge zur Frage der Kontinuität der Judenfeindschaft in Deutschland, etwa einen anregenden Aufsatz von Donald Niewyk (»Solving the »Jewish Problem« – Continuity and Change in German Antisemitism, 1871–1945«, in: LBIYB 35, 1990). Zudem verweist er wiederholt auf die zentrale Stellung antisemitischer Ideen in »the German mentality« (S. 216), was im Singular eine bestenfalls fragwürdige Kategorie ist. Im letzten Kapitel wurde eine Chance vertan. Hier hätte man sich eher einen Vergleich der bayerischen mit anderen antijüdischen Petitionsbewegungen gewünscht, etwa der englischen »Jew Bill« von 1753/1754 (vgl. jetzt: David S. Katz, »The Jews in the History of England, 1485–1850«, Oxford 1994, S. 240–54) oder der »Antisemitenpetition« der Jahre 1880/1881. Besonders die Geschichte der »Jew Bill«, aber mit Abstrichen auch die der »Antisemitenpetition«, verweisen nämlich darauf, daß eine politische Kampagne zunächst durchaus weitere Teile der Bevölkerung mobilisieren kann, ohne doch langfristige Folgen zu haben.

*Till van Rahden, Bielefeld*

Hermann Beck, *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy, and the Social Question, 1815–1870*, University of Michigan Press, Ann Arbor 1995, XVI + 298 S., geb., 47,50 \$.

Die Historiographie zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts ist seit mehreren Jahrzehnten auf Themen einer Emanzipationsgeschichte ausgerichtet: Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft, Prozesse der »Fundamentalpolitisation« und die seit der zweiten Jahrhunderthälfte sich machtvoll ausbreitende Arbeiterbewegung standen im Mittelpunkt gesellschaftsgeschichtlicher Forschung. Erst neuerdings finden die beharrenden Kräfte, die – nicht nur in Deutschland – die Signatur historischer Entwicklung mitbestimmten, zunehmende Aufmerksamkeit. Daß Konservatismus ein sozial- ebenso wie mentalitätsgeschichtlich ergiebiges Thema ist, beweist das Buch von Hermann Beck über die »Ursprünge des autoritären Wohlfahrtsstaats in Preußen«. Sein Thema ist die starke Tradition des Sozialkonservatismus für die Ausformung des autoritären Wohlfahrtsstaats. Er untersucht speziell die Ideen und Konzepte von preußischen Konservativen (Teil I) und der preußischen Bürokratie (Teil II). Mag der Zusammenhang von Sozialkonservatismus und Wohlfahrtsstaat auch naheliegen, wäre es doch zu wünschen gewesen, daß Beck explizit begründet, inwiefern er sozialkonservative Traditionen für den wichtigsten Ursprung des Wohlfahrtsstaats hält. Liberale und sozialistische Konzepte zur Lösung der